

Jörg Alt SJ

Statement zum Podium von Themenblock 3 "Was muss getan werden, um die Finanzkrise nachhaltig zu überwinden?" der Konferenz "Blasen, Crashes, Renditejagd – sind die Banken noch zu retten?"

Frankfurt, 18.9.2010

Gegenstände des Statements nach Vorgabe des Veranstalters:

1. Welchen Einfluss können Initiativen wie die Kampagne "Steuer gegen Armut" auf Entscheidungsträger haben?
2. Was sind die Möglichkeiten und Grenzen von Kampagnen?
3. Warum ist FTS wichtig für Bekämpfung globaler Armut?
4. Wechselwirkung zwischen Politik der reichen und armen Staaten (Beispiel Finanzkrise)
5. Was müsste im Hinblick auf eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung geschehen?

Zunächst muss ich bekennen, dass ich mich für die Beantwortung der meisten mir gestellten Fragen kaum kompetent fühle, da ich noch nicht einmal ein Jahr an diesen Themen arbeite. Auf das Thema einer Finanztransaktionssteuer bin ich eigentlich nur zufällig gestoßen als ich im Rahmen einer Veranstaltung der Katholischen Studentengemeinde in Basel drauf kam, dass bei den Verhandlungen zur Reform des Weltfinanzsystems der Aspekt einer Steuer, die Spekulation verteuern würde, nicht auf der Tagesordnung stand. Also: Je praktischer und konkreter die Dinge sind, desto eher bin ich auskunftsfähig, je mehr es in die Regionen der 'neuen gerechten Wirtschaftsordnung' geht, desto glücklicher bin ich, in Prof. Altwater jemanden hier zu haben, der sich auf diesem Gebiet gut auskennt. Beginne ich also mit der ersten Frage:

Ad 1: Welchen Einfluss können Initiativen wie die Kampagne "Steuer gegen Armut" auf Entscheidungsträger haben?

Politische Systeme sind normalerweise konservativ, d.h. es wird versucht, den "bewährten" Status Quo so lange wie möglich unverändert beizubehalten. Kommt es zu "exogenen Schocks", die Defizite im System aufweisen und Reformbedarf erkennbar machen, so wird dies idealerweise auch gesehen und Reformen entwickelt. Dies wiederum weckt aber automatisch den Widerstand all jener, die vom Status Quo profitieren. Je komplexer die Systeme und Krisen sind, umso mehr können deren verständlicherweise sehr ressourcenreichen Lobbygruppen darauf hinweisen, wie irrelevant die angedachten Reformen sind, um die offenkundigen Probleme anzugehen. Oder: Wie alarmierend die Risiken und Nebenwirkungen der Reform(en) sein werden, die jeglichen Nutzen weitaus überwiegen usw... Entsteht keine Gegenbewegung zu diesen Lobbybemühungen, ist es normalerweise so, dass Reformen verzögert, verwässert oder fallen gelassen werden. Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ist ein gutes Beispiel hierfür: Auch im "Jahr 2" nach dem Zusammenbruch des Bankhaus "Lehman Brothers" ist es nicht gelungen, den Finanzsektor wirksam zu regulieren und ihm einen substanziellen Beitrag zur Finanzierung der direkten und indirekten Kosten der Krise abzuverlangen, die durch ihn verursacht wurden.

Hier hat sich nun in Deutschland die Kampagne "Steuer gegen Armut" mit ihren zwei Forderungen gegründet: 1. Die Einführung einer Steuer in Höhe von 0,05% auf alle spekulationsrelevante Finanztransaktionen, 2. Die Verwendung der so eingenommenen

Gelder zur Bekämpfung von Armut und Klimawandel-Folgeschäden – eben das, was in den Millenniumszielen zusammengestellt ist.

Ad 2: Was sind die Möglichkeiten und Grenzen von Kampagnen?

Für den Erfolg einer Kampagne generell ist es stets wichtig zu sehen, wo sich *windows of opportunities* für deren Forderungen öffnen, konkret: (a.) Kontexte, die vielfach anschlussfähig für ein Thema sind und seine Wichtigkeit untermauern, (b.) wo es 'ungewöhnliche' und deshalb aufsehenerregende Verbündete gibt. In unserem Beispiel:

Kontext:

Im Fall der Finanztransaktionssteuer war die Weltfinanzkrise ein solche Kontext, da die Notwendigkeit unübersehbar wurde, Exzessen auf dem Börsenparkett vielfältige Riegel vorzuschieben. Dass einer dieser Riegel, nämlich die Finanztransaktionssteuer, zugleich in der Lage ist, ein seit Jahren bestehendes Gerechtigkeitsdefizit auszugleichen (dass nämlich der Finanzsektor von Umsatzsteuern weitestgehend befreit ist), und diese Steuer in der Lage ist, viel Geld für gute Zwecke zu generieren war natürlich umso besser! Fachchinesisch gesagt: Hier gibt es mehrfache *opportunity structures*, um ein neues Thema zu verankern. Entsprechend lautet auch der sehr gute Slogan der britischen Robin Hood Campaign: "Turning a crisis for the banks into an opportunity for the world."¹

Charakter der Koalition:

Hinsichtlich der Koalition der "Steuer gegen Armut"-Kampagnenträger ist es so, dass sie sich eben nicht nur aus den "üblichen Verdächtigen" zusammensetzt, sondern ein aufsehenerregend breites gesellschaftliches Spektrum abdeckt, welches Banker und Bischöfe, Politiker und Bürgerbewegungen, Gewerkschaftsbosse und Akademiker, Aktivisten der Straße und der Web 2.0 Community umfasst. Allein das macht sie wiederum interessant als Gesprächspartner für Regierung und Medien. Hinzu kommt, dass es sich weder in Deutschland noch anderswo schon längst nicht mehr um eine rein zivilgesellschaftliche Initiative handelt: Neben der deutschen treten auch die französische, österreichische und belgische Regierung für eine Finanztransaktionssteuer in Europa ein, eine andere Initiative ist die der so genannte "Leading Group on Innovative Financing for Development", einem Zusammenschluss von ca. 60 Staaten. Im gerade veröffentlichten Bericht von deren Task Force² wird zwar nur eine Devisentransaktionssteuer von sehr geringer Höhe (0,005%) gefordert, die Vorschlagenden wollen aber die Einnahmen von ca. 30 Mrd. US\$ insgesamt für Entwicklungsaufgaben zur Verfügung stellen. Dieser Vorschlag wird von Frankreich und anderen Ländern bei der UN Millenniumskonferenz in New York am 21.9. vorgestellt, wo Staaten zugleich zur Zeichnung einer entsprechenden Deklaration eingeladen werden.³

Grenzen und Problem von Kampagnen im Politikgeschehen:

Es ist schwer, eine Kampagnendynamik über einen längeren Zeitraum hinweg aufrecht zu erhalten, vor allem, weil im medialen Zeitalter immer wieder neue Themen hochgespült werden. Dies gilt auch und vor allem, wenn das Kampagnenthema tatsächlich erfolgreich in zuständige Gremien und Kommissionen eingebracht worden sind, weil viele, die das

¹ <http://robinhoodtax.org.uk/>

² Globalizing Solidarity: The Case for Financial Levies. Report of the Committee of Experts to the Taskforce on International Financial Transactions for Development, July 2010, <http://www.leadinggroup.org/article668.html>

³ <http://www.leadinggroup.org/article719.html>

Kampagnenanliegen anfänglich unterstützt haben, dann davon ausgehen, dass es ja "geschafft" sei. Und: Weil sich genau in diesen Hinterzimmern die Überzeugungskraft der Ressourcen der Gegenkräfte umso wirksamer ist.

Was den Stand der Kampagne "Steuer gegen Armut" betrifft, so können wir noch nicht meckern. Noch gehen uns die Ideen nicht aus. Und: Was wäre denn das Schlimmste, was passieren könnte? Selbst wenn morgen die Kampagne enden würde (was nicht der Fall sein wird)

- Die Bundesregierung hat die FTS adoptiert und kämpft feste darum, weil sie das Geld schon im Haushalt 2012 eingeplant hat
- Wenn die Steuer in irgendeiner Form käme, wäre zwar nur die 1. Kampagnenforderung erfüllt, aber auch dies wäre schon ein Erfolg: Es wäre ein Erfolg der Gerechtigkeit (auch der Finanzsektor würde endlich mal nennenswerte Steuern zahlen), die Steuer würde sich positiv auf die Volatilität am Finanzmarkt ausüben, das Finanzsystem würde dadurch stabiler, wovon arme Länder auch profitieren
- Es kommt nur die Devisentransaktionssteuer, nicht aber die FTS, wenn sich der Vorschlag der Leading Group als Kompromiss durchsetzen würde. Aber: Ein Einstieg in die Thematik wäre geschafft, das Geld käme tatsächlich den Armen zu Gute.
- Und wenn all das nicht passiert: Durch die Kampagnen in Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Kanada, Österreich... ist das neue Konzept einer allgemeinen Steuer auf spekulationsrelevante Finanztransaktionen nun im gesellschaftspolitischen Diskurs etabliert und, wenn die nächste Krise kommt, wird es sehr schnell wieder nach oben kommen.

Ad 3: Warum ist FTS wichtig für Bekämpfung globaler Armut?

Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist vieles nichts. Bei den Millenniumszielen, aber auch Studien, die den Kontext beleuchten, ist klar, dass viel Gutes nicht ohne finanzielle Unterstützung erreicht werden kann.⁴ Die Frage ist allerdings heutzutage: Wo soll denn im Zeitalter knapper Kassen und unverantwortlich hoher Staatsverschuldung das Geld herkommen?

Bislang ist die Finanzindustrie der größte Gewinner der Globalisierung, was auch mit der Deregulierung und Privilegierung dieses Sektors zusammenhängt.⁵

⁴ Vgl. United Nations (ed.) *The Millennium Development Goals Report 2009*. Internetressource, <<http://www.un.org/millenniumgoals/>>, ebenso: World Bank (2010) *Global Monitoring Report 2010 - The MDGs after the Crisis*, Internetressource, <<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTGLOBALMONITOR/EXTGLOMONREP2010/0,,contentMDK:22519784~pagePK:64168427~piPK:64168435~theSitePK:6911226,00.html>> Global Policy Forum/Terre des Hommes (Hrsg.) *Die globale Entwicklungskrise. Auswirkungen – Reaktionen – Konsequenzen*. Bonn, Osnabrück, Dezember 2009

⁵ "Those that operate within the global economic architecture receive significant financial benefits. It is therefore appropriate that funding for public goods to support the economic and social stability that underpins the global economy should come from those who benefit most from participation within it. Based on this analysis and its remit, the Committee believes that the international financial system is the most suitable source of revenue to fund global public goods. International finance has grown enormously in recent decades, far outstripping growth in world trade and production. The profitability of the sector has also increased, so that in the United States, for example, finance represents 40% of all corporate profits. Given its role at the centre of the globalisation process, innovative mechanisms applied at the level of the global financial system would not just tax an activity that has relatively low taxation and concentrates a great deal of wealth, but would also ripple out through the world economy, so that global economic activity would be the ultimate source of funding for global public goods."

Umso größer ist der Skandal, dass dieser Sektor so gut wie nichts für die öffentlichen Güter tut und sein Engagement für Armutsbekämpfung konzentriert sich im Wesentlichen auf freiwillige Beiträge über Stiftungen und Spenden.

- Eine FTS wäre zunächst eine Frage der Gerechtigkeit im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatz: Jeder zahlt Mehrwert-/Umsatzsteuer, also solls auch der Finanzsektor tun. (Auf der Fachtagung der SPD zur FTS konnte der Chefökonom der Deutschen Bank, Thomas Mayer, als er gefragt wurde, welches andere Instrument denn in vergleichbarer Weise einen Beitrag zur Verkleinerung der auseinanderklaffenden Schere zwischen reich und arm leisten könnte, kein Beispiel nenne, außer eben einer direkten höhere Besteuerung von Spitzenverdienern.)
- Sodann eine Forderung der Verantwortungsgerechtigkeit: Die Weltfinanzkrise wurde durch unverantwortliches und sozialschädliches Verhalten im Finanzsektor verursacht, also müssen auch ein angemessener Anteil an den Krisenfolgekosten übernommen werden. Es wird Zeit, dass die Maxime "Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert" beendet wird.
- Darüber hinaus muss endlich die Maxime umgesetzt werden: "Starke Schultern müssen mehr zu den Gemeinschaftsaufgaben beitragen als schwache". Weltfinanzkrise, Folgen des Klimawandels, illegale Migration, Auswirkungen atomarer Vorfälle, die globale Verbreitung von Krankheiten und Terror sind Ebenen die klar zeigen, dass wir zunehmend zu einer globalen Schicksalsgemeinschaft werden und dass nationale Grenzen zunehmend an Bedeutung verlieren. Und hier sind wir nochmals bei der Tatsache, dass niemand so sehr von der Globalisierung profitierte wie der Finanzsektor und entsprechend ein berechenbarer, langfristiger, fairer Anteil für diese Gemeinschaftsaufgaben geleistet wird. Während 1+2 appellativ-ethischer Charakter, ist 3 wichtiger Punkt der an individuelles und nationales Eigeninteresse appelliert und entsprechend einen deutlich stärkeren, 'weltanschauungsübergreifend motivierenden' Charakter hat.⁶

Leading Group on Innovating Financing for Development: Globalizing Solidarity (2010) The Case for Financial Levies, Task Force Report, S. 13

⁶ Dazu zwei Zitate:

"This is crucial. The global economy cannot serve its purpose without a solid foundation of social and environmental stability. Failure to provide stable long-term finance to support this will see development goals continue to be unmet and environmental change escalate alarmingly. This is not a recipe for long-term global stability, but for ever-rising levels of social unrest, driven by poverty, inequality and a rapidly deteriorating environment" Leading Group on Innovating Financing for Development: Globalizing Solidarity (2010) The Case for Financial Levies, Task Force Report, S. 26

"For all these reasons, in practice, effective international action is likely to be successful when its objectives coincide with national interest, or are understood to do so. In most cases, however, persuasive arguments for spending now, without return, will rely on risk. Arguments for environmental reforms (to slow or stabilize global warming, for example), or international action to stop the spread of disease or conflict, or reduce poverty or raise standards of education, all rely on the premise that failure to act will increase the risk of illness, conflict, or economic disorder, or will generate future harms that will threaten the quality of life of the next generation." Gostin, L.: The Duty of States to Assist Other States in Need: Ethics, Human Rights and International Law. Journal of Law, Medicine & Ethics, Winter 2007, S. 526

Ad 4: Wechselwirkungen der Politik zwischen reichen und armen Staaten anhand der Weltfinanzkrise

Im Zeitalter der Globalisierung erweist sich die Welt als immer vernetzter, sodass Ereignisse sich grenzübergreifend verbreiten oder verstärken können. Dies lässt sich anhand der Finanzkrise sehr gut aufzeigen, wenngleich natürlich keine universell oder auch nur regional einheitliche Formel gefunden werden kann. Bei der Kampagnen-Fachtagung in Nürnberg haben wir den einen Blick auf Afrika geworfen, und hier nochmals zwei sehr unterschiedliche Nachbarländer, nämlich Äthiopien und Kenia, betrachtet.⁷

Für beide gemeinsam gilt:

- Beide Länder sind weniger direkt betroffen, weil ihr nationaler Finanzsektor integraler Bestandteil des internationalen Finanzsystems ist und deshalb direkt in Mitleidenschaft gezogen worden wäre (allerdings sind hier bei Kenia im Vergleich zu Äthiopien deutlich stärkere Auswirkungen nachweisbar!)
- In beiden Ländern gibt es jedoch gravierende indirekte Auswirkungen der Weltfinanzkrise:
 - Sinkende Möglichkeiten, sich z.B. über Bonds am internationalen Kapitalmarkt Geld zu besorgen (Kenia)
 - Sinkendes FDI
 - Sinkende Einnahmen aus dem Export
 - Sinkende Einnahmen aus dem Tourismus
 - Steigende Arbeitslosigkeit ohne soziales Netz (besonders hart, wenn Leute vom Land in die Stadt gezogen sind und kein verwandtschaftlich-landwirtschaftliches Netz mehr im Hintergrund haben)
 - Sinkende Einnahmen durch Geldrücküberweisungen von Migranten
 - Probleme in der Verwaltung durch sinkende oder stagnierende Einkünfte Budgethilfe (Äthiopien),
 - Generell Problem durch sinkende Zuflüsse aus der ODA oder an Spenden aus reichen Ländern
 - Sinkende Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements/Hilfe zur Selbsthilfe⁸
 - Steigende Ausgaben für Lebensmittelzukauf oder Subventionierung von Lebensmittelpreisen
 - All dies wird zu finanzieren versucht durch Einsparungen im öffentlichen Sektor, etwa bei Infrastruktur, Schule und Gesundheitsfürsorge

Wie komplex die Situation ist und wie sehr die Dinge nach wie vor im Argen liegen, machen die kürzlich stattgefundenen Hungeraufstände in Madagaskar klar. Eine sehr moderne Ursachenverkettung: eine Hitzewelle in Russland lässt die Ernten zurückgehen, Ministerpräsident Putin verhängt einen Exportstopp, die entstehende Knappheit wird von Spekulanten ausgenutzt und verschärft, Lebensmittelpreise in armen Ländern steigen, die Menschen können es nicht bezahlen und machen einen Aufstand, was wiederum die

⁷ Alex Juma Ochumbo: The situation of poor countries after the World Financial Crisis – The Case of Ethiopia and Kenya. Online-Ressource http://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Bildgalerie/Kampagnen-Seite/Unterstuetzung_Wissenschaft/Fachkonferenzen/1005_Nuernberg/Ochumbo.pdf

⁸ "Most CSOs report budget decreases in those years. Most of the reductions have occurred in Sub-Saharan Africa." Aus: Executive Summary, United Nations Secretariat/NGO Committee for Social Development (ed.) Hanfstaengel, E.M. (2009) *The Global Economic Crisis and its Impact on Civil Society Organizations*. Study submitted 16th December 2009. Internetressource, <<http://ngosocdev.wordpress.com/>>

Regierung des Landes zwingt, die Preiserhöhungen zurückzunehmen, die Preise durch Subventionen zu senken diese durch Gehaltskürzungen im öffentlichen Sektor gegenzufinanzieren. Selbst humanitäre Organisationen wie das World Food Program kommen in Schwierigkeiten, da sie die hohen Weltmarktpreise nicht mehr bezahlen können.⁹

Aufgrund dieser globalen Vernetzung und Interdependenz kann es in unserem Bemühen um eine gerechtere Welt nicht nur um Geld gehen, sondern es müssen auch strukturelle Reformen in den Blick geraten. Und das bringt mich zum letzten Punkt:

Ad 5: Was müsste im Hinblick auf eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung geschehen?

Hier möchte ich zunächst betonen, dass ich hier nicht als Moderator der Kampagne spreche, sondern als Privatperson, die aufgrund der Kürze der Zeit, mit der ich mich mit solchen Themen beschäftige, nur einen sehr limitierten Einblick hat. Außerdem haben wir zu diesen Fragen innerhalb der Kampagne noch keine inhaltlichen Abstimmungen getroffen, da wir in den vergangenen Monaten zu sehr mit der ersten Kampagnenforderung nach einer Finanztransaktionssteuer beschäftigt waren. Die Fragen lauten hier:

1. Was gilt es im Finanzsystem zu verändern?
2. Was gilt es im Weltwirtschaftssystem zu verändern?
3. Was gilt es im Bereich der öffentlichen Güter, vor allem aber angesichts der Klimaveränderung und Armutsbekämpfung zu bedenken?

Finanzsystem

- Verbot bestimmter Aktivitäten wie z.B. Leerverkauf, vor allem aber Spekulation mit "Agrarrohstoffen" (=Lebensmitteln)
- Viele andere Dinge wie höhere Eigenkapitalanlagen, stärkere Aufsicht über Hedge Funds und den OTC Handel, die Ermöglichung von Insolvenzregelungen – da wird viel Gutes diskutiert, es muss aber auch umgesetzt und durchgesetzt werden.
- Mehr Pragmatismus im Mikrobereich globaler Vernetzung, z.B. über Microfinance oder Erleichterungen bei den Rücküberweisungen von legalen und illegalen Migranten.

Weltwirtschaftssystem

- Wirksame Bekämpfung von Korruption, Ausbeutung (z.B. im Rohstoffbereich Afrikas) und Wirtschaftsverbrechen. Hier liegt vieles daran, dass die Internationalität den (national-)staatlichen Kontrollbemühungen davonläuft
- Wahrhafter Globaler Blick: Man kann nicht Jobs in armen Ländern schaffen, wenn die dann produzierten Güter in den reichen Ländern nicht verkauft werden. Wenn die durch Neuzüchtung in Schwung gekommene Hühnerindustrie in Kamerun durch subventionierten Hähnchenbeinexport aus Österreich kaputt gemacht wird sollte man Entwicklungshilfe vielleicht auch so aussehen, den Österreichern Geld zu zahlen, dass sie ihre Hähnchenbeine nicht nach Kamerun exportieren.

Öffentliche Güter, Armutsbekämpfung, Klimawandel-Folgebekämpfung

- Bei öffentlichen Gütern scheint mir, dass sich Privatisierung mittel- und langfristig nie gelohnt hat und viel dafür spricht, sie auch in öffentlicher Hand zu belassen, so die

⁹ Russlands Exportstopp lässt die Weizenpreise steigen. Spiegel Online 5.8.2010, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/0,1518,710332,00.html>; Zocker Spekulieren Arme in den Hunger. Spiegel Online vom 30.8.2010 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,714068,00.html>

öffentliche Hand in der Lage ist, die Ressourcen kompetent und transparent zu managen.

- Nachhaltige Armutsbekämpfung. Hier hat das UNRISD eine bemerkenswerte Studie herausgebracht.¹⁰ Der Report gründet auf empirischen Fallstudien, die untersuchen, warum einige Staaten in den letzten Jahren damit erfolgreich waren, Armut zu bekämpfen, während dies anderen Staaten nicht gelungen ist. Einige interessante Schlussfolgerungen sind beispielsweise:
 - Man kann Armut und Hunger nicht erfolgreich bekämpfen, wenn man nicht zugleich die Ursachen betrachtet und bekämpft, die Armut und Hunger verursachen. Dies erfordert umfassende und integrierte Politikansätze (S. 4f.). Entsprechend ist zu beobachten:
 - Erfolgreich waren jene Länder in der Armutsbekämpfung, die sich nicht nur dem gängigen neoliberalen Dogma unterwarfen, sondern die "heterodox" handelten und dabei nationale Eigenarten und Bedürfnisse stark berücksichtigten (S. S. 7f.).
 - Erfolgreich waren jene Staaten, die u.a. auf gute, funktionierende Bürokratien zurückgreifen konnten und in der Lage waren, Kontrolle auszuüben (S. 22f.).
 - Erfolgreich waren jene Staaten, in denen Menschen ermutigt und in die Lage versetzt wurden, sich selbst als Bürger politisch und zivilgesellschaftlich zu engagieren (S. 23f.).
- Klimawandel-Folgebekämpfung. Hier ist ärgerlich, dass in jüngster Zeit immer wieder versucht wird, Aufwendungen zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels mit Verpflichtungen im Bereich ODA Quote im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit zu verrechnen.¹¹ Das ist weder gerechtfertigt, noch sinnvoll, wie der letzten Donnerstag vorgestellte Report "Global aber gerecht" des Instituts für Gesellschaftspolitik und des Potsdamer Instituts für Klimaforschung belegt. Hier braucht es eine Politik aus einem Guss, deren zentrales Element nicht das Zusammenlegen oder Zusammenstreichen der Mittel sein darf.

Bei alledem ärgert mich, dass man immer dann handelt, wenn es irgendwo brennt und dadurch schon zu spät ist. Wenn konkret eines der Ereignisse uns trifft, welches ich oben schon geschildert haben, nämlich dass Auswirkungen von grenzübergreifenden Prozessen und Vernetzungen vor unserer Haustüre zuschlagen. Wenn es wieder zu Überschwemmungen, Flüchtlingsströmen, Terroranschlägen o.ä. kommt wird gefragt: "Hätte man das nicht verhindern können? Hätte man da nicht was machen sollen?" Aber es ist nun mal leider so, dass die Menschheit immer nur aus Krisen zu lernen scheint, die zu bewältigen natürlich wesentlich teurer sind als wenn man präventiv etwas getan hätte. Aber man soll ja bekanntlich die Hoffnung nicht aufgeben.

¹⁰ United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD) (2010) Combating Poverty and Inequality – Structural Change, Social Policy and Politics. Geneva

¹¹ Vgl. Reuke, L./Müller, M. (2010) ODA: Wie versprochen so gebrochen. Die "Deutsche Offizielle Entwicklungsunterstützung" von 2003 bis 2008/2009. Germanwatch, Bonn. NB: In diese Studie sind die jüngsten Entwicklungen unter dem neu besetzten Entwicklungsministerium noch gar nicht eingeflossen, z.B. die Streichung der Einzahlungen in den Global Fund to Fight AIDS, Malaria and Tuberculosis.